

## **Positionen zu ausgewählten bildungspolitischen Grossratsgeschäften der Märzsession 2017**

### **Keine Zusatzferienwochen mehr an Berner Schulen (M 195 - 2016, Grimm, Burgdorf GLP)**

Grossrat Grimm fordert von der Regierung, dass die ca. alle 5 Jahre zusätzlich gewährte unterrichtsfreie Schulwoche an allen kantonalen Kindergärten und Schulen (inkl. Berufsbildung) als Ferienwoche abgeschafft wird. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, warum eine Kompensation wegen der alle sechs Jahren höheren Anzahl Kalenderwochen nötig ist. Seiner Ansicht nach könnte damit ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand die Lektionenzahl erhöht werden. Die Privatwirtschaft kenne solches nicht und für Familien käme es zu weniger Engpässen bei der Kinderbetreuung während den Schulferien.

Die **Regierung** empfiehlt, die Richtlinienmotion abzulehnen. Sie begründet mit dem Verweis auf die rechtlich festgehaltene Jahresarbeitszeit der Lehrpersonen. Diese ist mit 1930 Stunden im interkantonalen Vergleich sehr hoch und würde damit erhöht. Dieses ist personalpolitisch unerwünscht. Um berufstätige Eltern zu unterstützen, prüft der Kanton derzeit, sich an Ferienbetreuungsangeboten mittels Pauschalen zu beteiligen.

**Bildung Bern** lehnt die Motion ab. Die 1930 Stunden Jahresarbeitszeit (netto bei 5 Ferienwochen) werden laut LCH-Studien jährlich im Durchschnitt um über 120 Stunden überschritten. Zudem schwankt die Sollarbeitszeit des Kantonspersonals und auch in den allermeisten Unternehmen der Privatwirtschaft. Zwischen 2015 bis 2018 beträgt der Durchschnitt 1906 Stunden (netto). So betrachtet müsste die rechtliche Vorgabe bei den Lehrpersonen gegen unten korrigiert werden. Da dies eine ausschliesslich kosmetische Übung wäre (Lehrpersonen können nur abgehaltene Mehrlektionen, jedoch keine tatsächlichen Überzeiten kompensieren), kann darauf verzichtet werden. Ihnen jedoch noch mehr Pflichtlektionen aufzuerlegen, ist das Gegenteil dessen, was endlich an die Hand genommen werden muss: spürbare Entlastung.

10.03.2017 CM